

Männern im Alter von 20 bis 55 Jahren mit verschiedenen Familiennamen“, die sich gegenseitig als Versicherungsnehmer einsetzen, zudem auch noch die gleiche Adresse haben und in bestimmten Großstadtvierteln wohnen, „die zum Milieu gerechnet werden“.

Auch Prostituierte haben die Versicherer auf dem Kieker. Als potentielle Gunstgewerblerinnen und Aids-Trägerinnen gelten etwa unverheiratete Frauen „ohne Kinder im Alter von 18 bis 30 Jahren“ mit „Berufsangabe ‚Hausfrau‘“, die das Bezugsrecht ihrer Mutter überschreiben wollen.

Obwohl Raster-Entwickler Humann beteuert, daß nach seiner „Risikogruppen“-Vorgabe keineswegs alle Neuansträge überprüft werden, fischten die Sachbearbeiter allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres 20 HIV-verdächtige Antragsteller heraus. Bei zehn Personen brachten Nachfragen beim Hausarzt Aids-Entwarnung.

In den übrigen Fällen wurde den Antragstellern ein HIV-Test nahegelegt. Ergebnis: Sechs Untersuchungen verliefen negativ, ein Test bestätigte den Aids-Verdacht der Versicherer. Drei weitere Kunden haben sich seit der Aufforderung nicht wieder gemeldet.

Während Volksfürsorge-Vorstandschef Werner Schulz die Aids-Schnüffelei als „reine Schutzmaßnahme für das hohe Preis/Leistungs-Verhältnis“ darstellen ließ, verurteilte die Deutsche Aids-Hilfe das Raster als eine „weitere Ausgrenzungsvariante von HIV-Positiven“. Erst am Dienstag vergangener Woche hatte das Düsseldorfer Landesarbeitsgericht Aids als Kündigungsgrund anerkannt.

Empörung löste das Raster auch beim Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks aus, der gleich „einem ganzen Berufsstand aus der hohlen Hand Homosexualität unterstellt“ sah. Ein Sprecher von 800 Luft-Stewards in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft kritisierte die „üble Stigmatisierung, mit der ein ehrenwerter Beruf an den sozialen Rand gedrängt“ werde.

Als weiteren „Mosaikstein im Ausgrenzungsszenario“ rügte der Aids-Experte von Gesundheitsministerin Rita Süßmuth (CDU), Manfred Steinbach, die Aids-Politik der Versicherungen: „Dem HIV-Infizierten werden alle Türen zugeschlagen.“

Rein rechtlich ist den Versicherungen kaum beizukommen. Anders als die gesetzlichen Krankenkassen sind die privaten Versicherer nicht verpflichtet, jeden Antragsteller aufzunehmen.

Zudem hat das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen die Aids-Fragen ebenso genehmigt wie den Aids-Test für Lebensversicherungen über mehr als 250 000 Mark. Schließlich, argumentieren die Versicherungswächter, seien ja auch Fragen nach Krebserkrankungen, Herzstörungen oder Fettleibigkeit gestattet. Und eine ärztliche Unter-



Volksfürsorge-Vorstandschef Schulz
„Hohes Preis/Leistungs-Verhältnis“

suchung sei für hohe Policen schon seit langem vorgeschrieben, die obligatorische Diagnose sei lediglich um einen Test erweitert worden.

Selbst an der Risiko-Prüfung der Volksfürsorge hat das Bundesamt nichts auszusetzen. Ähnliche „Raster-Punkte“, berichtet Rudolf Gerlach, Referatsleiter für juristische Grundsatzfragen, seien durchaus „auch von anderen Versicherungen bekannt“. Gerlach: „Das fällt unter den Rahmen der privatwirtschaftlichen Handlungsfreiheit.“

Datenschützer wie der Hamburger Landesbeauftragte Claus Henning Schapper befürchten allerdings, daß die Versicherer bei ihrer Aids-Vorsorge wo-

möglich zu weit gehen könnten. Wenn die Konzerne abgelehnte HIV-Positive als Risiko-Kunden in die zentrale „Sonderwagnisdatei“ der Branche eingeben, könnte, so Schapper, eine „Aids-Datei durch die Hintertür“ entstehen. Als Vorsitzender des „Arbeitskreises Versicherungswirtschaft der Datenschutzaufsichtsbehörden“ will Schapper die Aids-Praktiken der Versicherer „demnächst unter die Lupe nehmen“.

Daß Aids-Infizierte unter den privaten Versicherungsschutz schlüpfen, wird auch die HIV-Hatz der Konzerne nicht verhindern. Den Aids-Tests für hohe Versicherungen können Aids-Positive durch den Abschluß mehrerer kleinerer Policen, notfalls über Strohmannen, umgehen. Und falsche Antworten bei den Infektionsfragen sind, da die meisten ihre Tests anonym gemacht haben, im nachhinein schwer nachzuweisen.

Anders als Beate Runde, die alle Fragen ehrlich beantwortet hatte, werden, so befürchten Aids-Berater, „die meisten Infizierten nun gezielt lügen“.

POLIZEI

Crash & Carry

Mit brutalen Prügeleien bringt eine uniformierte Spezialeinheit die Berliner Polizei bundesweit in Verruf.

Wenn es dicke kommt, schickt Berlins Polizeiführung einen bewährten Trupp nach vorn. Die Beamten des Sondereinsatzkommandos (SEK), gleichermaßen geschult in Kampftechnik und Täterpsychologie, stürmen Gangsterverstecke, entwapfen Amokschüt-

* Festnahme von Demonstranten in Berlin-Kreuzberg am 1. Mai.



Polizei-Spezialeinheit im Einsatz*: „Wie Kampfmaschinen“

zen und jagen bei Demonstrationen den harten Kern der Steinewerfer auseinander.

Am 1. Mai in Kreuzberg sahen sich die Männer im grauen Kampfanzug erstmals selber auseinandergelagert. Beamte in Grün stürmten von hinten durch die grauen Reihen in eine Menschenmenge in der Oranienstraße.

Die überrannten Ordnungshüter erlebten, wie die Kollegen Fäuste und Knüppel fliegen ließen. Ein junger Mann, schilderte ein SEK-Polizist, sei so brutal an den Beinen zum Sammeltransporter geschleift worden, „daß sein Kopf förmlich über die Steine holperte“.

Der Sturmtrupp, der „uns vom SEK mal richtig zeigen wollte, wie's geht“, heißt „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ (EbLT). Die Crash & Carry-Truppe war vor Jahresfrist rekrutiert worden, nachdem sich Kreuzberger Krawalle zu einem Stadtteilbrand ausgeweitet hatten.

Die neue Einheit sollte eigentlich, kündigte Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus damals an, zur „Deeskalation“ beitragen. Allein durch respektgebende Präsenz, so das Kalkül, würden die EbLT-Männer gewalttätige Demonstranten abschrecken.

Das Ziel gilt jetzt schon als verfehlt. Wie zu Zeiten der Pariser Mai-Unruhen 1968, als sich Flics mit Flugblättern von der brutalen Bereitschaftspolizei distanzieren, kritisieren jetzt auch in Berlin Zunftkollegen „Rambo-Gebaren“ und „Miami-Vice-Dünkel“ der „Pseudo-Superpolizisten“ (SPD-Betriebsgruppe der Polizei). Die Truppe hat sich in Verruf geprügelt:

- ▷ Unter den Strafanzeigen, die jetzt überwiegend von verletzten Passanten aus Kreuzberg erstattet worden sind, findet sich auch die eines Hauptkommissars – er registrierte als Einsatzführer einer anderen Einheit Übergriffe der EbLT;
- ▷ nicht nur die Staatsanwaltschaft, auch eine dienstinterne Untersuchungsgruppe ermittelt nun wegen Vorfällen, bei denen mutmaßlich EbLT-Schläger drei höhere Polizeibeamte in Zivil verletzt haben;
- ▷ Strafverfolgung droht einem EbLT-Mann, der letztes Jahr einem Festgenommenen, zur Untermauerung des Gewaltvorwurfs, einen Pflasterstein in die Tasche geschoben haben soll;
- ▷ nach Gewalttätigkeiten der EbLT-Beamten, die im Herbst vorigen Jahres zusammen mit dem Bundesgrenz-

schutz (BGS) auch in Wackersdorf eingesetzt waren (SPIEGEL 43/1987), hat die Staatsanwaltschaft Amberg in einem noch immer laufenden Strafverfahren bislang 215 Zeugen einvernommen.

„Martialisches“ und „wie wilde Stiere“ wirkten die Berliner Spezialpolizisten am Bauzaun der bayrischen Atomfabrik auf Demonstranten. „Nicht mehr wie Menschen, sondern eher wie Kampfmaschinen“ seien ihm die Zugereisten erschienen, sagte ein Zeuge bei einem Hearing der Münchner SPD-Landtagsfraktion. Bayerns Sozialdemokraten offerieren seither den Justizorganen „28 ladungsfähige Anschriften“ von Bürgern, die über erschreckende Erlebnisse berichten können. Auszüge aus Berich-



Berliner Polizeisenator Kewenig
„Ohne Ansehen der Person“

ten über den EbLT-Einsatz in Wackersdorf:

Es war den Ärzten gerade gelungen, einen behelfsmäßigen Kopfverband anzulegen, der rumschlapperte, und dann hat die Berliner Polizeieinheit diesen Verletzten ihnen aus den Händen gerissen und – ich würde sagen – in ziemlich entwürdigender Weise in das Tor geschleift, über diese Treppe.

Dann hatte ich beobachtet, wie ein Mann, der schon am Boden lag, wie dieser Mann von fünf Polizisten, es waren wiederum nach der Beschreibung die Berliner, geknuppelt worden ist. Ich habe es beobachtet. Er hat geblutet, und er ist dann später wie ein Tierkadaver in Richtung Baugelände gezerrt worden.

Etwa einen Meter von mir entfernt stand ein junger Mann. Fünf Berliner stürzten sich auf ihn, knüppelten auf ihn ein, solange, bis er bewußtlos dalag. Er hatte eine klaffende Wunde auf der rechten Schädel-

decke und (es war) eine rote Lache im Sand. Entsetzt lief ich in Richtung Wald, um einen Sanitäter zu holen. Auch den schubsten sie zur Seite und schleiften den Ohnmächtigen an Händen und Beinen ziehend durch den Sand zum Graben.

Neben mir stand ein BGS-Beamter, den habe ich in meiner Verzweiflung am Ärmel gepackt und habe gesagt: „Schauen Sie doch hin, die schlagen doch den Mann tot, greifen Sie doch ein“ – sinngemäß so etwa. Der hat mich angeschaut – ich habe so etwas noch nie da drunten gesehen. Der hat geweint.

Ähnliche Aussagen bekamen ein „Ermittlungsausschuß“, den die Kreuzberger Szene nach dem 1. Mai einberufen hatte, und Berliner Polizeidienststellen zu hören. Christian Josef Krafczyk, Student der Sozialanthropologie und Theologie, wollte einen arabischen Freund durchs qualmende Kreuzberg zu dessen Wohnung geleiten. Vor der Kneipe „Für Jedermann“ an der Ecke Adalbert- und Oranienstraße, berichtet er, habe es ihn hinterrücks getroffen: „Ich wurde auf das Straßengeländer gedrückt und bekam einen Knüppelschlag auf den Kopf.“ Mit einer zentimeterlangen Platzwunde kam der Theologe ins Krankenhaus Am Urban. Die Röntgenschwester: „Sie sind heute nacht der 20. Kopf.“

Die knüppelnden Polizisten werden von Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) öffentlich in Schutz genommen. Ihn fragte die „Berliner Morgenpost“: „Drei hohe Polizeiführer bekamen ebenfalls Schläge ab. Haben die Beamten nicht zumindest teilweise überreagiert?“ Der Senator gab eine unglaubliche Antwort: Der „bedauerliche Vorfall“ zeige, „daß die Beamten im Einsatz gegen Rechtsbrecher in einer auch für sie schwierigen Lage ohne Ansehen der Person vorgegangen sind“.

Diese Bewertung des Staatsrechtsprofessors überrascht Berliner Beamte, die schon bei der Schulung gelernt haben, daß „unmittelbarer Zwang“ nur gezielt, keinesfalls aber ohne Ansehen der Person angewandt werden darf. „Paßt ja irgendwie“, wundert sich ein Polizeiführer über Kewenig, „daß der jetzt auch schon Beamte in Zivil zu den Rechtsbrechern zählt.“

Intern allerdings spüren die grünen Draufgänger, daß es mittlerweile auch in der Führung Vorbehalte gibt. So hatten die EbLT-Männer den Einsatz der neuesten Nahkampfwaffe gefordert, eines Mehrzweckstocks namens „Mednanok“. Der bruchfeste Kunststoffprügel aus Japan hat gleich zwei Griffe, so daß er als Stoß- und Schlaggerät ebenso geeignet ist wie für Rundumschläge. Mit dem Stock aus Japan „kann man eine Tischplatte durchhauen und einen Helm sowieso“, sagen die Beamten vom SEK.

Doch die Polizeiführung zögert mit der Freigabe. Das potentielle Tötungswerkzeug, so eine neue Direktive, soll vorerst nicht in die Hände der EbLT gelangen. ◆